

# **BR/GT I/148 d/72**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.



REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

---

- Sekretariat. -

Brüssel, den 24. Februar 1972  
BR/GT I/148/72

AUFZEICHNUNG

Betrifft: Das nordische System der Wiedereinsetzung in den  
vorigen Stand

Verfasser: Schwedische Delegation

---

BR/GT I/148 d/72 fer/WN



## Das nordische System der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Die schwedische Delegation ist auf der Konferenz im Januar 1972 gebeten worden, Informationen über das in den nordischen Ländern angewandte System zu übermitteln, das dem Anmelder die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gibt, wenn er eine vom Patentamt gesetzte Frist nicht eingehalten hat. Mit dieser Aufzeichnung soll den Wünschen der Konferenz entsprochen werden.

Abschnitt 15 der Patentgesetze in den nordischen Ländern enthält folgende Bestimmung:

"Hat der Anmelder den Erfordernissen für die Anmeldung nicht entsprochen, oder erhebt das Patentamt andere Einwände gegen die Annahme der Anmeldung, so wird dies dem Anmelder von Amts wegen mitgeteilt und ihm eine Frist für die Beantwortung der Einwände oder die erforderlichen Schritte gesetzt.

Unterlässt es der Anmelder, binnen der gesetzten Frist auf die Amtshandlung zu antworten oder Schritte zur Begegnung der erhobenen Einwände zu unternehmen, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen. Die Handlung umfasst eine entsprechende Mitteilung.

Jedoch erfolgt die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wenn der Anmelder binnen vier Monaten nach Ablauf der gesetzten Frist die Amtshandlung beantwortet oder Schritte unternimmt, um den erhobenen Einwänden zu begegnen und zugleich die vorgeschriebene Wiedereinsetzungsgebühr bezahlt."

Dieses System, bei dem eine Anmeldung als zurückgenommen gilt, mit der Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wird in Schweden seit 1931 und in Norwegen seit 1948 gehandhabt. Wegen der guten Erfahrungen in diesen beiden Ländern wurde das System dann in allen nordischen Ländern eingeführt, als die neuen Patentgesetze 1968 in Kraft traten.

Die guten Erfahrungen sind wahrscheinlich weitgehend darauf zurückzuführen, dass der Anmelder die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hat. Ohne diese Möglichkeit würden die Anmelder in den meisten Fällen, um genügend Zeit zur Ueberlegung zu gewinnen und ihre Interessen zu wahren, innerhalb der gesetzten Frist eine förmliche Antwort auf die Amtshandlung übermitteln, ohne jedoch die Mängel in den Anmeldungen zu beheben. Dies würde das Patentamt zwingen, über diese Anmeldung eine Sachentscheidung zu treffen, die wesentliche Bemühungen erfordert, obgleich der Anmelder inzwischen das Interesse an der Anmeldung verloren hat. Die Frist setzt sich wie folgt zusammen: Sie umfasst die Beschwerdefrist (2 Monate) und ausserdem noch einige Zeit zusätzlich zum Ausgleich der Zeit, die gewöhnlich verstreicht, bis das Amt eine Antwort auf eine Amtshandlung prüft.

Bei einer derartigen Frist für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, hat der Anmelder die gleiche Zeit zur Ueberlegung, gleichgültig, ob er eine förmliche Antwort einreicht oder nicht.

Die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt für alle vom Amt in verschiedenen Handlungen während des Prüfungsverfahrens gesetzten Fristen. Zum Beispiel gilt dies für

die Nichtbezahlung der Anmeldungsgebühr; in diesem Falle wird gegenüber dem Anmelder gemäss Abschnitt 15 verfahren.

Das System ist jedoch ausserordentlich wichtig in Verbindung mit Amtshandlungen, die sich auf die Prüfung der Neuheit und Patentierbarkeit beziehen. Die Zahlen von 1969 - 1971 zeigen, dass im Durchschnitt 6.000 Anmeldungen jährlich als zurückgenommen angesehen worden sind, weil eine Amtshandlung nicht innerhalb der gesetzten Frist (im Normalfall 6 Monate) beantwortet worden ist. Von der Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wurde in etwa einem Fünftel der Fälle Gebrauch gemacht.

Da die Gesamtzahl der Anmeldungen, über die endgültig entschieden wird, etwa 20.000 jährlich beträgt, bedeuten die vorerwähnten Zahlen, dass über etwa ein Viertel der Anmeldungen im Rahmen des Systems der angenommenen Rücknahme endgültig entschieden wird. Da diese Entscheidungen sehr einfach sind, können sie von Angestellten vorgenommen werden, wodurch im Prüfungsverfahren Geld und Arbeit gespart werden.

Zur Zeit beträgt die Wiedereinsetzungsgebühr 75 Schwedenkronen (die Anmeldungsgebühr beträgt 400 Kronen und die Beschwerdegebühr 300 Kronen). Das Wiedereinsetzungsverfahren kann im Laufe des Verfahrens bei ein- und derselben Anmeldung mehrere Male angewendet werden. In einem solchen Falle erhöht sich jedoch die Wiedereinsetzungsgebühr und beträgt dann das Doppelte der Gebühr für die erste Wiedereinsetzung. Es ist jedoch ziemlich ungewöhnlich, dass bei einer Anmeldung die Wiedereinsetzung mehr als einmal erfolgt.

